



Marktgemeinde Zwentendorf a. d. Donau

Land Niederösterreich - Bezirk Tulln

3435 Zwentendorf, Rathausplatz 4

Tel. 02277/2209-0

FAX 02277/2209-4

E-Mail: marktgemeinde@zwentendorf-donau.gv.at

Home-Page: www.zwentendorf.at

Friedhofsordnung

für den Friedhof der Marktgemeinde Zwentendorf

Verordnung des Gemeinderates der Marktgemeinde Zwentendorf, mit der gemäß § 30 Abs. 3 des NÖ Leichen- und Bestattungsgesetzes 1978, LGBl. 9480-0 sowie NÖ Friedhofsbenützungsgesetz 1974, LGBl. 9470-2, eine Friedhofsordnung für den Friedhof der Marktgemeinde Zwentendorf erlassen wird.

§ 1

EIGENTUM, BETRIEB UND VERWALTUNG

1. Die Marktgemeinde Zwentendorf ist verpflichtet, den Betrieb des Friedhofes und dessen Einrichtungen (Aufbahrungshalle, Leichenkammer) ohne Unterbrechung aufrecht zu erhalten und für die Bestattung der im Gemeindegebiet Verstorbenen in ausreichendem Maße Vorsorge zu treffen.
2. Der Gemeinde obliegt die Herstellung geeigneter Verkehrswege innerhalb des Friedhofes und deren Erhaltung.
3. Die Verwaltung des Friedhofes wird von der Friedhofsverwaltung besorgt.

§ 2

GRABARTEN

Der Friedhof verfügt über folgende Grabarten:

a) Familiengräber

1. zur Beerdigung bis zu 2 Leichen
2. zur Beerdigung bis zu 4 Leichen

b) Gruften

1. zur Beisetzung bis zu 3 Leichen
2. zur Beisetzung bis zu 6 Leichen

c) Urnengräber

1. zur Beisetzung bis zu 4 Urnen
2. zur Beisetzung bis zu 8 Urnen

d) Urnengräfte

1. zur Beisetzung bis zu 2 Urnen
2. zur Beisetzung bis zu 4 Urnen
3. zur Beisetzung bis zu 8 Urnen

§ 3

GRÄBERVERZEICHNIS; ÜBERSICHTSPLAN

Bei der Friedhofsverwaltung liegt ein Gräberverzeichnis auf, aus der die Identität der auf dem Friedhof Bestatteten hervorgeht. Ebenso liegt ein Übersichtsplan auf, aus dem die Lage der einzelnen Grabstellen zur allgemeinen Einsichtnahme während der Amtstunden hervorgeht.

§ 4

BENÜTZUNGSRECHT AN EINER GRABSTELLE

1. Um die Zuweisung einer Grabstelle ist bei der Friedhofsverwaltung unter Angabe der gewünschten Grabart und der örtlichen Lage der Grabstelle (Übersichtsplan) anzusuchen.
2. Über das Ansuchen wird mit Bescheid entschieden. Der Bewilligungsbescheid hat den Namen des Benützungsberechtigten, die genaue Bezeichnung der Grabstelle und der Grabart, das Datum des Ablaufs des Benützungsrechtes zu enthalten. Es ist ein Hinweis anzuschließen, dass
 - a) nach dem Tode des Benützungsberechtigten das Benützungsrecht auf dessen Erben übergeht,
 - b) sich die Erben verpflichten, den Übergang des Benützungsrechtes der Friedhofsverwaltung bekannt zu geben,
 - c) mehrere Erben innerhalb der vom Bürgermeister festgesetzten Frist einen gemeinsamen Bevollmächtigten namhaft zu machen haben. Wird innerhalb der festgesetzten Frist kein Bevollmächtigter namhaft gemacht, so hat der Bürgermeister einen Bevollmächtigten aus dem Personenkreis der Erben durch Bescheid zu bestellen, wobei in erster Linie der Ehegatte, dann eines der großjährigen Kinder, dann die Eltern zu berufen sind. Die in dieser Reihenfolge später Genannten jedoch nur dann, wenn die vorher Genannten nicht vorhanden sind oder verzichten.
3. Bei Übertragung unter Lebenden kann das Benützungsrecht nur mit Zustimmung des Bürgermeisters an eine andere physische oder juristische Person übertragen werden.
4. Das Ansuchen um Zuweisung eines Grabes darf bei Gemeindemitgliedern sowie bei Auswärtigen, die in der Gemeinde verstorben sind oder in deren eigenen Gemeinde kein eigener Friedhof vorhanden ist, nicht abgelehnt werden.
5. Bei der Zuweisung eines Grabes besteht kein Rechtsanspruch auf eine bestimmte Grabart oder bestimmte örtliche Lage der Grabstelle.

§ 5

DAUER DES BENÜTZUNGSRECHTES

1. Die Entrichtung der Grabstellengebühr (siehe Friedhofsgebührenordnung) berechtigt zur Benützung der Grabstelle auf die Dauer von 10 Jahren. Bei Gräften beträgt die Dauer des

Benützungsrechtes erstmalig 30 Jahre mit der Möglichkeit der Erneuerung wie bei Gräbern. Die Fristen sind stets von dem maßgebenden nächstfolgenden Jahresbeginn zu rechnen.

2. Der Benützungsberechtigte bzw. dessen Bevollmächtigter ist nachweislich längstens 6 Monate vor Ablauf des Benützungsrechts von der Friedhofsverwaltung davon in Kenntnis zu setzen, mit welchem Tage das Benützungsrecht erlischt und unter welchen Bedingungen es weiter verlängert werden kann.

§ 6

ERNEUERUNG DES BENÜTZUNGSRECHTES

1. Über Antrag ist das Benützungsrecht jeweils auf die Dauer von 10 Jahren zu erneuern, wenn ein diesbezügliches Ansuchen innerhalb von 6 Monaten vor Ablauf des Benützungsrechtes bei der Friedhofsverwaltung eingebracht wird, es sei denn, dass

a) der Friedhof aufgelassen wird,

b) der Friedhof wegen Raummangels gesperrt ist,

c) der Gemeinderat wegen der begrenzten Belagsmöglichkeiten des Friedhofes generell beschlossen hat, bis auf weiteres keine Erneuerung des Benützungsrechtes zuzulassen und dieser Beschluss ortsüblich kundgemacht worden ist.

2. Eine Erneuerung des Benützungsrechtes kann ferner vom Bürgermeister abgelehnt werden, wenn während der letzten Jahre des abgelaufenen Benützungszeitraumes die Grabstelle durchwegs in einem verwahrlosten Zustand belassen worden war.

3. Bei Grüften ist mit Ausnahme des Falles, dass der Friedhof aufgelassen wird, eine mindestens dreimalige Erneuerung des Benützungsrechtes zuzulassen.

§ 7

AUSGESTALTUNG UND ERHALTUNG EINER GRABSTELLE

1. Beim Neuaushub eines Grabes muss eine 40 cm starke Lehmschicht eingebracht und verfestigt werden.

2. Grabstellen sind innerhalb von 6 Monaten nach Erwerb des Benützungsrechtes entsprechend der Würde des Ortes auszugestalten.

3. Die Abmessungen der Einfriedungen sind laut verbindlicher Anlage einzuhalten. Die Errichtung eines Grabdenkmales ist an die Bewilligung des Bürgermeisters gebunden. Dem Ansuchen um eine solche Bewilligung ist eine Beschreibung des Denkmals unter Angabe der Grabinschrift beizulegen. Ist die Aufstellung über 2 m hoher und 2 m breiter Denkmäler, figuraler Grabdenkmäler oder Grabmalüberdachungen beabsichtigt, ist dem Ansuchen eine Skizze anzuschließen.

4. Die Bewilligung kann versagt werden, wenn das geplante Denkmal oder dessen Inschrift der Weihe und dem Ernst oder der Eigenart der gesamten Anlage des Friedhofes widerspricht. Ferner, wenn das Denkmal das Benützungsrecht anderer Grabstellen beeinträchtigt.

5. Das Bepflanzen der Grabstellen mit Bäumen ist verboten. Sträucher dürfen nur dann gepflanzt werden, wenn sie die Grabdenkmäler und die Einfassungen nicht überragen.

6. Das Aufstellen unpassender Gefäße wie Blechdosen, Flaschen, Einsiedegläsern etc. zur Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet. Sie können von der Friedhofsverwaltung ohne vorherige Verständigung des Benützungsberechtigten entfernt werden.

7. Änderungen an Grabeinfassungen und Grabdenkmälern bedürfen der Genehmigung des Bürgermeisters.

§ 8

VERFALL VON GRABSTELLEN UND GRABDENKMÄLERN

1. Bei Baufähigkeit des bei einem Grab oder einer Gruft aufgestellten Denkmals oder bei drohender Einsturzgefahr einer Gruft hat der Benützungsberechtigte über Aufforderung der Friedhofsverwaltung unverzüglich Sicherungsmaßnahmen zu treffen und innerhalb von 4 Wochen für ihre Instandsetzung bzw. Beseitigung zu sorgen. Erfolgen diese Maßnahmen nicht innerhalb der festgesetzten Frist, kann der Bürgermeister die entsprechenden geforderten Maßnahmen auf Kosten des Benützungsberechtigten veranlassen.

2. Ist das Benützungsrecht an einer Grabstelle erloschen, so ist das darauf befindliche Gedenkzeichen vom Bürgermeister auf die Dauer von 4 Wochen mit der Aufschrift „Heimgefallen“ zu kennzeichnen. Solche Grabdenkmäler sind vom bisherigen Benützungsberechtigten binnen 4 Wochen ab Kennzeichnung auf eigene Kosten aus dem Friedhof zu entfernen. Bei Nichterfüllung ist die Gemeinde berechtigt, die Entfernung auf Kosten des letzten Benützungsberechtigten zu veranlassen.

§ 9

BESTATTUNGSPFLICHT

1. Jede Leiche ist nach Ablauf von 48 und vor Ablauf von 96 Stunden nach Ausstellung des Totenbeschaubefundes zu bestatten. Bei Abgabe einer Leiche an ein anatomisches Institut oder mit der Bewilligung des Bürgermeisters kann von dieser Frist abgesehen werden. Im letzteren Falle jedoch nur, wenn keine sanitätspolizeilichen Bedenken entgegenstehen.

2. Zur Obsorge für die Bestattung sind grundsätzlich die nahen Verwandten in folgender Reihenfolge verpflichtet:

- a) der Ehegatte, sofern er mit dem / der Verstorbenen im Zeitpunkt dessen / deren Todes in aufrechter Ehe gelebt hat;
- b) die Kinder (Wahlkinder) ersten Grades gemeinsam;
- c) die Eltern (Wahleltern) gemeinsam;
- d) die übrigen Nachkommen gemeinsam;
- e) die Großeltern gemeinsam;
- f) die Geschwister gemeinsam;
- g) in Ermangelung der unter a) bis f) genannten Personen jene Personen, die mit dem / der Verstorbenen bis zu seinem / ihrem Tode in wirtschaftlicher Hinsicht gleich einer Ehe eingerichteten Hausgemeinschaft gewohnt hat.

§ 10 EINSARGUNG

Für das Einsargen der Leichen dürfen nur fest gefügte und abgedichtete Särgе (Urnen) und in Gräbtern nur verlötete Metallsärgе verwendet werden. Das Sargmaterial darf in Gräbtern die rasche Verwesung der Leiche nicht beeinträchtigen.

§ 11 LEICHENKAMMER - AUFBAHRUNGSHALLE - LEICHENTRANSPORT

1. Nach der Totenbeschau ist jede Leiche in die Aufbahrungshalle oder Leichenkammer zu überführen.
2. Jede Leichenüberführung innerhalb des Gemeindegebietes ist mit hierzu geeigneten und für diesen Zweck ausschließlich bestimmten Fahrzeugen durchzuführen.
3. Auf dem Friedhof muss zumindest eine Leichenkammer vorhanden sein, für deren Errichtung und Betrieb folgende Mindestvoraussetzungen gelten:
 - a) Die Größe der Leichenkammer ist so zu wählen, dass sie erfahrungsgemäß zur Aufbahrung der in der Gemeinde Verstorbenen ausreicht.
 - b) Die Leichenkammer muss mit einer entsprechenden technischen Einrichtung (Kühlanlage) ausgestattet sein.
 - c) Die Wände und Fußböden der Leichenkammer sind zu verfliesen und mittels Hohlkehlen ineinander zu fügen.
 - d) Die Leichenkammer ist regelmäßig zu reinigen und mit geeigneten flächenaktiven Desinfektionsmitteln zu desinfizieren.
4. Die Aufbahrungshalle dient zur Aufbahrung von Leichen und zur Abhaltung von ortsüblichen Trauerfeierlichkeiten. Sie muss hinsichtlich der Größe und Ausstattung den örtlichen Gegebenheiten entsprechen.
5. Aufbahrungen dürfen nur in der Aufbahrungshalle (Leichenkammer) vorgenommen werden. Außerhalb einer Aufbahrungshalle oder Leichenkammer darf eine Leiche nur mit Bewilligung des Bürgermeisters aufgebahrt werden. Diese Bewilligung ist zu verweigern, wenn sanitätspolizeiliche oder sonstige Bedenken entgegenstehen.

§ 12 BEERDIGUNG – ENTERDIGUNG – ÜBERFÜHRUNGEN

1. Die Beerdigung einer Leiche (Beisetzung einer Urne) auf dem Friedhof bedarf der Bewilligung des Bürgermeisters. Die Bewilligung der Beerdigung (Beisetzung) ist zu versagen, wenn in der Grabstelle die zulässige Anzahl der Leichen (§ 2) bereits beigesetzt ist.
2. Die Enterdigung einer Leiche ist nur zum Zwecke der Umbettung oder der Überführung zulässig und bedarf der Bewilligung des Bürgermeisters. Diese ist zu erteilen, wenn sanitätspolizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen.
3. Das Öffnen und Schließen von Gräbtern, Gruften und Urnen sowie die Beisetzung von Leichen und Urnen ist nur dem von der Friedhofsverwaltung bestellten Personal gestattet.

4. Die Überführung einer Leiche auf einen anderen als den zum Sterbeort oder Auffindungsort gehörenden Friedhof oder in eine Feuerbestattungsanlage ist nur mit Bewilligung des für den Sterbeort oder Auffindungsort zuständigen Bürgermeisters zulässig. Diese ist zu erteilen, wenn sanitätspolizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen. Leichen dürfen nur von befugten Bestattungsunternehmen überführt werden.

Keiner Bewilligung bedürfen

- a) Überführungen innerhalb des Gebietes einer Ortsgemeinde oder in die Nachbargemeinde des Sterbeortes.
- b) Überführungen von Leichen in ein anatomisches Universitätsinstitut, die von diesem selbst besorgt werden.
- c) Überführungen der die Aschenreste enthaltenden Urne, sowie Überführungen von Gebeinen, die frei von organischen Verwesungsprodukten sind.

§ 13

VERHALTEN AUF DEM FRIEDHOF

1. Der Friedhof darf nur während der von der Friedhofsverwaltung am Eingang des Friedhofes kundgemachten Besuchszeiten betreten werden.

2. Auf dem Friedhof haben die Besucher alles zu unterlassen, was der Würde des Ortes widerspricht. Den Anordnungen der Friedhofsverwaltung bzw. den bestellten Friedhofsaufsichtsorganen ist jederzeit Folge zu leisten. Zuwiderhandelnde können vom Friedhof verwiesen werden.

Insbesondere ist nicht gestattet

- a) den Friedhof und seine Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen und zu beschädigen;
- b) die Wege des Friedhofes mit Fahrzeugen aller Art zu befahren;
Ausnahmebewilligungen erteilt die Friedhofsverwaltung. Keiner Ausnahmebewilligung bedarf der Einsatz gewerblicher Transportmittel im Rahmen gewerblicher Arbeiten, deren Durchführungen im Sinne des Abs. 3 bei der Friedhofsverwaltung angezeigt wurden.
- c) unbrauchbar gewordener Friedhofsschmuck oder Abfälle außerhalb der dafür vorgesehenen Plätze abzulegen;
- d) Druckschriften zu verteilen und zu plakatieren;
- e) Tiere mit zu nehmen, ausgenommen Blindenhunde;
- f) das Spielen, Herumlaufen, Rauchen und Lärmen;
- g) die Benützung nicht betreuter Wege bei Glatteis oder Schneeglätte.

3. Gewerbliche Arbeiten dürfen auf dem Friedhof nur nach erfolgter Anzeige bei der Friedhofsverwaltung durchgeführt werden. Die Betriebsinhaber haften nach Bestimmungen des bürgerlichen Rechts für alle Schäden, die durch die Ausführung gewerblicher Arbeiten an den Friedhofsanlagen eintreten .

§ 14

STRAFBESTIMMUNGEN

Übertretungen dieser Friedhofsordnung werden, so ferne der Tatbestand einer Verwaltungsübertretung nach dem NÖ Friedhofsbenützungs- und Gebührengesetzes 1974, LGBl. Nr. 9470-2, dem Leichen- und Bestattungsgesetzes 1978, LGBl. Nr. 9480-0 darstellt,

nach den genannten Gesetzen bestraft. Die Nichtbefolgung der Bestimmungen des § 13 Abs. 1 und 2 dieser Friedhofsordnung stellt eine Verwaltungsübertretung dar und wird gemäß Art. VII EGVG 1950 mit Geld bis zu € 218.- oder mit Arrest bis zu zwei Wochen bestraft.

Die Zuständigkeit des Bürgermeisters im übertragenen Wirkungsbereich ergibt sich aus § 39 Abs. 1 der NÖ Gemeindeordnung 1973.

§ 15 INKRAFTTRETEN

Diese Friedhofsordnung tritt mit 1. Jänner 2003 in Kraft. Die bis zu diesem Zeitpunkt geltende Friedhofsordnung tritt mit gleichem Tage außer Kraft.

Genehmigt in der Sitzung des Gemeinderates vom 20. November 2002.

Der Bürgermeister:

